



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Europafragen und Eine Welt
Herrn Andreas Hartenfels, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/1247
VORLAGE

DER MINISTER
Dr. Volker Wissing
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2201
Telefax 06131 16-2170
poststelle@mwwiv.rlp.de
www.mwwiv.rlp.de

23. März 2017

Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 9. März 2017

TOP 2 Europäische Kommission genehmigt deutsches Förderprogramm zum
Ausbau der Elektroauto-Infrastruktur
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT – Vorlage 17/1054

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 9. März 2017
wurde zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt zugesagt, den Sprechvermerk zur
Verfügung zu stellen. Entsprechend dieser Zusage erhalten Sie nunmehr den
beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Volker Wissing

Sprechvermerk

Ausschuss für Europafragen und Eine Welt am 9. März 2017

TOP 2 Europäische-Kommission genehmigt deutsches Förderprogramm zum Ausbau der Elektroauto-Infrastruktur

Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

- Vorlage 17/1054 -

Anrede,

die rheinland-pfälzische Landesregierung misst der Etablierung innovativer Antriebe im Straßenverkehr eine große Bedeutung bei. Im Fokus stehen derzeit rein batterieelektrische Fahrzeuge und extern elektrisch aufladbare Hybridfahrzeuge, so genannte Plug-in-Hybride.

Mittel- und langfristig wird auch der Wasserstoffbrennstoffzellenantrieb eine Rolle spielen dessen Entwicklung aber noch nicht an den Stand von Antrieben mit Batteriespeichern heranreicht.

Elektrische Antriebe haben im Vergleich zu Antrieben auf Basis fossiler Energieträger viele Vorteile. Ihre CO₂-Bilanz ist schon beim jetzigen Energiemix gut und verbessert sich mit steigendem Anteil regenerativer Energie bei der Stromerzeugung. Gleichzeitig tragen elektrische Antriebe zur Sicherung der Energieversorgung bei, da die Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger sinkt.

Elektrische Antriebe mindern die lokalen Luftschadstoffemissionen und den Verkehrslärm; daher verringern sie das Gesundheitsrisiko und verbessern die Lebensqualität.

Weiterhin befördern sie neue Mobilitätsformen. So ist autonomes und teilautonomes Fahren mit den gut steuer- und regelbaren elektrischen Antrieben einfacher und kostengünstiger zu verwirklichen.

Pedelecs bieten einen Anreiz zum Umsteigen vom Pkw aufs Fahrrad, da sie Fahrradmobilität auch bei bewegter Topografie und auf größeren Entfernungen erleichtern.

Für die deutsche Automobilindustrie und die Zulieferer birgt die neue Antriebstechnik erhebliche Zukunftschancen. Daneben wird es Herausforderungen geben, um den mit

dem Wechsel von mechanischen zu elektrischen Komponenten verbundenen Wandel in den Wertschöpfungsketten zu bewältigen.

Dämpfend auf die Entwicklung der Elektromobilität wirken sich gegenwärtig noch die hohen Fahrzeugpreise, die geringen Reichweiten und das umständliche Handling infolge der nicht flächendeckenden Ladeinfrastruktur aus.

Die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen ist deshalb weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Um das Ziel der Bundesregierung zu halten und bis zum Jahr 2020 einen Bestand von einer Million Elektrofahrzeugen zu erreichen, ist ein deutliches Umsteuern durch die Bundesregierung notwendig. Das im Antrag behandelte Förderprogramm des Bundes kann als Indiz dafür gewertet werden, dass der Verkehrsminister das verstanden hat.

Mittlerweile zeichnet sich aber aus Sicht der Landesregierung ein Wendepunkt hin zu einem stärkeren Anwachsen der Elektromobilität ab.

So soll nach einer Prognose des Instituts für Automobilwirtschaft der Hochschule für Wirtschaft in Nürtingen-Geislingen schon 2020 bei der Elektromobilität Kostengleichheit zum konventionellen Antrieb bestehen.

Die Reichweiten neuer Elektro-Pkw wie Opel Ampera-e, Tesla 3, BMW i 3 oder Renault Zoe liegen mittlerweile bei 300 bis 500 km und dies bei Preisen, die sich vergleichbaren Modellen mit Verbrennungsantrieben nähern.

Und einige Staaten wie China verschärfen ihre Umweltstandards. Sie beabsichtigen insoweit, die Kfz-Herstellung und Zulassung mit dem Ziel geringerer Schadstoffemissionen insgesamt und einer Erhöhung des Anteils emissionsfreier Kfz stärker zu regulieren.

Dies setzt insbesondere die deutsche Automobilindustrie im internationalen Wettbewerb unter Druck, die notwendige Entwicklung hin zu kostengünstigeren und alltagstauglichen Elektrofahrzeugen zu beschleunigen.

In Rheinland-Pfalz ist die Situation bei Elektrofahrzeugen und Ladeinfrastruktur derzeit wie folgt:

Am 1. Januar 2016 gab es einen Bestand von 966 zweispurigen elektrischen Kraftfahrzeugen. Hierzu zählen Pkw und Nutzfahrzeuge mit rein batterieelektrischem Antrieb und Plug-in-Hybridfahrzeuge. Im Jahr 2016 wurden darüber hinaus 424 Elektrofahrzeuge neu zugelassen.

Unter Vernachlässigung von Besitzumschreibungen und Außerbetriebsetzungen im Jahr 2016 dürfte der Bestand an zweispurigen elektrischen Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz aktuell bei einer Zahl von etwa 1.400 liegen.

Bei einem Bestand von rund 2,9 Millionen Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz insgesamt entspricht dies etwa einem Anteil von 0,05 %. Rheinland-Pfalz liegt damit im Durchschnitt vergleichbarer Flächenländer.

Einen wesentlich größeren Anteil an der Elektromobilität nimmt derzeit der Bereich der E-Bikes ein. Daten des Zweirad-Industrie-Verband e. V. zufolge stieg der deutschlandweite Absatz von E-Bikes in 2015 gegenüber dem Vorjahr um 11,5 % auf 535.000 Stück, verbunden mit einer positiven Prognose für die Folgejahre. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes waren in 2016 bereits 5 % der Haushalte mit E-Bikes ausgestattet.

Was die Ladeinfrastruktur betrifft, so standen nach einer Erhebung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Rheinland-Pfalz zur Jahresmitte 2016 insgesamt 284 öffentlich zugängliche Ladepunkte zur Verfügung. Bezogen auf die Anzahl der Ladepunkte in Relation zur Wohnbevölkerung liegt Rheinland-Pfalz ebenfalls im Durchschnitt vergleichbarer Flächenländer.

Anrede,

die Landesregierung strebt den Ausbau der Elektromobilität in Rheinland-Pfalz an. Dabei darf die elektrische Ladeinfrastruktur nicht zum Engpass der weiteren Entwicklung werden.

Deshalb begrüßt die Landesregierung ausdrücklich die Förderaktivitäten der Bundesregierung beim Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Hierzu zählen die Förderrichtlinie Elektromobilität und das 400-Ladesäulen-Programm gemeinsam mit der Tank&Rast-GmbH, in dessen Rahmen in diesem Sommer auch alle rheinland-pfälzischen Tank- und Rastanlagen mit elektrischen Schnellladesäulen ausgestattet werden sollen.

Darüber hinaus hat das Bundesverkehrsministerium am 13. Februar 2017 das Bundesprogramm Ladeinfrastruktur bekannt gegeben. Seit dem 1. März 2017 können private Investoren, Städte und Gemeinden Förderanträge für öffentlich nutzbare Ladesäulen stellen. Ziel ist der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur mit bundesweit 15.000 Ladesäulen.

Der soeben gestartete erste Aufruf sieht vor, dass in Rheinland-Pfalz neben Normalladepunkten bis zu 186 Schnellladepunkte, also Ladepunkte mit einer Leistung größer 22 kW, gefördert werden.

Für die Nutzung dieser Förderangebote wirbt die Landesregierung direkt mit Appellen an die in Betracht kommenden Antragsteller sowie an die kommunalen Spitzenverbände und die Industrie- und Handwerkskammern.

Ergebnisse zu dem neuen Förderprogramm Ladeinfrastruktur des Bundes liegen noch nicht vor, da der Aufruf zur Einreichung von Förderanträgen erst vor wenigen Tagen erfolgte.

Mit der Förderrichtlinie Elektromobilität aus dem Jahr 2015 unterstützt das Bundesverkehrsministerium die Beschaffung von Elektrofahrzeugen, den Aufbau von Ladeinfrastruktur und die Erarbeitung von kommunalen Elektromobilitätskonzepten.

Gefördert aus dem ersten Projektauftrag werden in Rheinland-Pfalz die Stadtwerke Trier Verkehrs-GmbH bei Elektrobussen und deren Ladeinfrastruktur, die Stadt Ingelheim bei einer Studie zu alternativen Antrieben samt Ladeinfrastruktur im ÖPNV sowie die Landkreise Alzey-Worms und die Stadt Worms bei der Erstellung kommunaler Elektromobilitätskonzepte.

Aus dem zweiten Projektauftrag aus Mitte 2016 werden Fahrzeug- und Ladeinfrastruktur im Landkreis Altenkirchen und in Neustadt an der Weinstraße gefördert.

Auch für den dritten Projektauftrag, der am 31. Januar 2017 endete, haben rheinland-pfälzische Kommunen Anträge eingereicht.

Soweit der Bericht des Verkehrsministeriums. Ich gebe nun an Herrn Staatssekretär Dr. Griese weiter, der von Seiten des Energieministeriums berichten wird.

Vielen Dank!